



Gegen die frauenfeindlichen „Reformen“ der Merz-Klingbeil-Regierung am 26. September auf die Straße! Macht mit beim bundesweiten frauenpolitischen Ratschlag im November!

Der „Reform“-eifer der Bundesregierung kurz vor der Sommerpause war gigantisch. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket ist verabschiedet oder auf den Weg gebracht. Der „Eifer“ lässt sich auf die kurze Formel bringen: Gekürzt wird bei den Ärmsten, bei den Frauen, den Familien, bei der Bildung und Gesundheit. Unsummen werden umverteilt in Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und die Unterstützung großer Konzerne.

Die **Frauen** sind **besonders betroffen** – Sozialverbände schlagen Alarm – Proteste laufen an.

- Der Bezug von **Elterngeld** wird **auf 12 Monate verkürzt** und damit die Möglichkeit, sich nach der Geburt eines Kindes die Care-Arbeit zu teilen bis eine Betreuung organisiert ist. Eltern sollen schneller wieder arbeiten. Aber Kita- und Krippenplätze, in denen unsere Kinder gut aufgehoben sind und gefördert werden, bleiben Mangelware.
- Alleinerziehende, deren Partner sich aus dem Staub gemacht haben, **sollen nur noch bis zum 16. Geburtstag den Unterhaltsvorschuss** bekommen (der eh nur einen Teil der sog. Düsseldorfer Tabelle ausmachte). Wenn ein Kind 16 wird, hat es oft noch keinen vernünftigen Schulabschluss! Und es wird entweder auf andere Unterstützungsleistungen angewiesen sein oder hungrig in die Schule gehen! Besonders hart trifft es Frauen, die mit ihren Kindern vor gewalttätigen Partnern flüchten. Das stößt auf Widerspruch bis in die Reihen von SPD und CDU. Realitätsblind und unverschämt erklärt dagegen Bundeskanzler Merz den betroffenen Eltern, dass „die Mütter, die alleinstehenden Elternteile, in der Lage sind, auch Arbeit aufzunehmen“. Als ob die Mehrheit (über 72%) von ihnen das nicht längst täte, als ob es ihre Mehrbelastung und besondere Armutsgefährdung nicht gäbe.
- Der **Kindersofortzuschlag von 25 Euro** soll **gestrichen** werden. Eine kleine Entlastung, die 1,9 Millionen geringverdienende Familien dringend brauchen.
- **Drastische Einsparungen im Gesundheitsbereich**, wie höhere Zuzahlungen bei Arzneien, eingeschränkte Zahlung von Vorsorgeuntersuchungen und Abbau der kostenlosen Mitversicherung von Ehepartnern, sowie weitere Einschränkungen beim Zahnersatz und Krankschreibung vom ersten Tag an überlasten Arztpraxen. Auffällig verschont werden große Pharmakonzerne, dank ihrer Lobbyarbeit, denn ihr Reibach ist der Regierung zu heilig! Krankenkassen verzocken Millionen an Börsen.
- **Kürzungen bei der Inklusion, der Eingliederungshilfe** und der **Pflege** verschlechtern nicht nur die Lage behinderter und pflegebedürftiger Menschen. Auffangen sollen das die Familien, insbesondere die Frauen.
- Trotz fehlendem bezahlbarem Wohnraum und horrenden, immer weiter steigenden Mieten in den Großstädten soll **Wohngeld gekappt** werden. Für viele Rentner*innen eine Möglichkeit, mühsam über die Runden zu kommen. Es wird sich dadurch die Alters- und Familienarmut verschärfen. Geringverdiener:innen sind gezwungen, Flaschen zu sammeln, um am Monatsende noch was im Geldbeutel zu haben.
- Die **Einschränkung der Minijobmöglichkeiten** ist aus Sicht von Frauen widersprüchlich: Minijobs bieten zwar die Möglichkeit, etwas zu verdienen, aber es erwächst daraus kein Rentenanspruch - Altersarmut ist vorprogrammiert. Für Student*innen sind sie eine wichtige Einkommensquelle, um das nicht ausreichende Bafög auszugleichen. Können bald nur noch Kinder reicher Eltern studieren?

Die Gesamtheit der „Reformen“ belastet die Masse der Menschen enorm. Dazu kommen die **massive Arbeitsplatzvernichtung** und gesteigerte Ausbeutung in vielen Bereichen. Nicht nur VW, alle Autokonzerne und Zulieferbetriebe, die jahrzehntelang jährlich Milliarden Gewinne aus den Beschäftigten rauspressten, planen Entlassungen, eine Rückkehr zur 40-Stundenwoche, die Zurücknahme tarifvertragliche Regelungen. Die **Kommunen** werden **noch weiter ausgeblutet**, kürzen bei Kinderbetreuung, ÖPNV, Verwaltungspersonal, Schwimmbädern.



Gegen die frauenfeindlichen „Reformen“ der Merz-Klingbeil-Regierung am 26. September auf die Straße! Macht mit beim bundesweiten frauenpolitischen Ratschlag im November!

Der „Reform“-eifer der Bundesregierung kurz vor der Sommerpause war gigantisch. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket ist verabschiedet oder auf den Weg gebracht. Der „Eifer“ lässt sich auf die kurze Formel bringen: Gekürzt wird bei den Ärmsten, bei den Frauen, den Familien, bei der Bildung und Gesundheit. Unsummen werden umverteilt in Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und die Unterstützung großer Konzerne.

Die **Frauen** sind **besonders betroffen** – Sozialverbände schlagen Alarm – Proteste laufen an.

- Der Bezug von **Elterngeld** wird **auf 12 Monate verkürzt** und damit die Möglichkeit, sich nach der Geburt eines Kindes die Care-Arbeit zu teilen bis eine Betreuung organisiert ist. Eltern sollen schneller wieder arbeiten. Aber Kita- und Krippenplätze, in denen unsere Kinder gut aufgehoben sind und gefördert werden, bleiben Mangelware.
- Alleinerziehende, deren Partner sich aus dem Staub gemacht haben, **sollen nur noch bis zum 16. Geburtstag den Unterhaltsvorschuss** bekommen (der eh nur einen Teil der sog. Düsseldorfer Tabelle ausmachte). Wenn ein Kind 16 wird, hat es oft noch keinen vernünftigen Schulabschluss! Und es wird entweder auf andere Unterstützungsleistungen angewiesen sein oder hungrig in die Schule gehen! Besonders hart trifft es Frauen, die mit ihren Kindern vor gewalttätigen Partnern flüchten. Das stößt auf Widerspruch bis in die Reihen von SPD und CDU. Realitätsblind und unverschämt erklärt dagegen Bundeskanzler Merz den betroffenen Eltern, dass „die Mütter, die alleinstehenden Elternteile, in der Lage sind, auch Arbeit aufzunehmen“. Als ob die Mehrheit (über 72%) von ihnen das nicht längst täte, als ob es ihre Mehrbelastung und besondere Armutsgefährdung nicht gäbe.
- Der **Kindersofortzuschlag von 25 Euro** soll **gestrichen** werden. Eine kleine Entlastung, die 1,9 Millionen geringverdienende Familien dringend brauchen.
- **Drastische Einsparungen im Gesundheitsbereich**, wie höhere Zuzahlungen bei Arzneien, eingeschränkte Zahlung von Vorsorgeuntersuchungen und Abbau der kostenlosen Mitversicherung von Ehepartnern, sowie weitere Einschränkungen beim Zahnersatz und Krankschreibung vom ersten Tag an überlasten Arztpraxen. Auffällig verschont werden große Pharmakonzerne, dank ihrer Lobbyarbeit, denn ihr Reibach ist der Regierung zu heilig! Krankenkassen verzocken Millionen an Börsen.
- **Kürzungen bei der Inklusion, der Eingliederungshilfe** und der **Pflege** verschlechtern nicht nur die Lage behinderter und pflegebedürftiger Menschen. Auffangen sollen das die Familien, insbesondere die Frauen.
- Trotz fehlendem bezahlbarem Wohnraum und horrenden, immer weiter steigenden Mieten in den Großstädten soll **Wohngeld gekappt** werden. Für viele Rentner*innen eine Möglichkeit, mühsam über die Runden zu kommen. Es wird sich dadurch die Alters- und Familienarmut verschärfen. Geringverdiener:innen sind gezwungen, Flaschen zu sammeln, um am Monatsende noch was im Geldbeutel zu haben.
- Die **Einschränkung der Minijobmöglichkeiten** ist aus Sicht von Frauen widersprüchlich: Minijobs bieten zwar die Möglichkeit, etwas zu verdienen, aber es erwächst daraus kein Rentenanspruch - Altersarmut ist vorprogrammiert. Für Student*innen sind sie eine wichtige Einkommensquelle, um das nicht ausreichende Bafög auszugleichen. Können bald nur noch Kinder reicher Eltern studieren?

Die Gesamtheit der „Reformen“ belastet die Masse der Menschen enorm. Dazu kommen die **massive Arbeitsplatzvernichtung** und gesteigerte Ausbeutung in vielen Bereichen. Nicht nur VW, alle Autokonzerne und Zulieferbetriebe, die jahrzehntelang jährlich Milliarden Gewinne aus den Beschäftigten rauspressten, planen Entlassungen, eine Rückkehr zur 40-Stundenwoche, die Zurücknahme tarifvertragliche Regelungen. Die **Kommunen** werden **noch weiter ausgeblutet**, kürzen bei Kinderbetreuung, ÖPNV, Verwaltungspersonal, Schwimmbädern.

Das lassen wir uns nicht bieten – Ihr habt eure Rechnung ohne uns Frauen gemacht!

Wir leisten vieles und halten vieles zusammen. Wir tragen diese Gesellschaft jeden Tag. Wir entwickeln unsere Stärken als Berufstätige, Mütter, Pflegende, Erzieherinnen und Lehrerinnen, bei unserer Tätigkeit in Gewerkschaften, der Frauenbewegung, Parteien, Ehrenämtern usw.



Der Frauenverband Courage ruft auf:

- Stellen wir uns mit gemeinsamer Kraft und Stärke gegen diese unverschämte Politik!
- Kommt zur hessenweiten Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag am 26.09.26!
- Bringt Schilder, Rufparolen mit! Sagt eure Meinung am offenen Mikrofon!
- Überzeugt Freund:innen, Nachbar:innen, Arbeitskolleg:innen, Mitschüler:innen!
- Wer meint, die Faschisten der AfD setzten sich für die Interessen der Arbeiter:innen, der breiten Massen, der Frauen, der Jugend ein, ist auf dem Holzweg! **Selbst aktiv werden ist das Gebot der Stunde!**

**Organisiert euch! Herzlich willkommen bei Courage:
Courage braucht jede Frau – jede Frau braucht Courage!**

Die Frankfurter Courage-Gruppe trifft sich jeden 3. Sonntag im Monat um 14 Uhr im Stadtteiltreff Merianplatz.



Wir Frauen machen unsere eigene Rechnung auf. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft und schauen über den Tellerrand dieses zutiefst unsozialen kapitalistischen Systems, das für Macht- und Profitinteressen die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzt. Davon halten uns auch die Diffamierungen des „Verfassungsschutzes nicht ab – im Gegenteil.

Wir brauchen den Austausch darüber, wie wir gegen mächtige Gegner diese lebenswerte Zukunft erkämpfen.



Dem dient der bundesweite, überparteiliche, selbstorganisierte 14. Frauenpolitischen Ratschlag vom 6. - 8.11.2026. Courage und andere Mitorganisatorinnen stellen ihn auf die Beine. Er findet als Hybrid-Veranstaltung statt und wird live aus Gelsenkirchen übertragen. **In Frankfurt wollen wir uns am 7.11. gemeinsam online beteiligen und mitdiskutieren. Wir laden zum Mitmachen ein.** Die Themen umfassen den alltäglichen Wahnsinn, Gewalt und Femizide, frauenfeindliche Politik, Umweltkatastrophe und Kriegsgefahr, die faschistische Gefahr. **Wir beraten, wie wir die Stärke der Frauen in die Waagschale werfen für unsere Befreiung und eine lebenswerte Zukunft und wie wir uns dafür organisieren!**

Mehr Infos: www.frauenpolitischerratschlag.de und www.fvcourage.de



V.i.S.d.P: Frauenverband Courage e.V., Holsteiner Str. 28, 42107 Wuppertal, 0202/4969749, courage-geschaefsstelle@t-online.de

Courage-Gruppe Frankfurt: bernadette.leidinger@web.de, Tel: 015752619647

Das lassen wir uns nicht bieten – Ihr habt eure Rechnung ohne uns Frauen gemacht!

Wir leisten vieles und halten vieles zusammen. Wir tragen diese Gesellschaft jeden Tag. Wir entwickeln unsere Stärken als Berufstätige, Mütter, Pflegende, Erzieherinnen und Lehrerinnen, bei unserer Tätigkeit in Gewerkschaften, der Frauenbewegung, Parteien, Ehrenämtern usw.



Der Frauenverband Courage ruft auf:

- Stellen wir uns mit gemeinsamer Kraft und Stärke gegen diese unverschämte Politik!
- Kommt zur hessenweiten Demonstration gegen den sozialen Kahlschlag am 26.09.26!
- Bringt Schilder, Rufparolen mit! Sagt eure Meinung am offenen Mikrofon!
- Überzeugt Freund:innen, Nachbar:innen, Arbeitskolleg:innen, Mitschüler:innen!
- Wer meint, die Faschisten der AfD setzten sich für die Interessen der Arbeiter:innen, der breiten Massen, der Frauen, der Jugend ein, ist auf dem Holzweg! **Selbst aktiv werden ist das Gebot der Stunde!**

**Organisiert euch! Herzlich willkommen bei Courage:
Courage braucht jede Frau – jede Frau braucht Courage!**

Die Frankfurter Courage-Gruppe trifft sich jeden 3. Sonntag im Monat um 14 Uhr im Stadtteiltreff Merianplatz.



Wir Frauen machen unsere eigene Rechnung auf. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft und schauen über den Tellerrand dieses zutiefst unsozialen kapitalistischen Systems, das für Macht- und Profitinteressen die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzt. Davon halten uns auch die Diffamierungen des „Verfassungsschutzes nicht ab – im Gegenteil.

Wir brauchen den Austausch darüber, wie wir gegen mächtige Gegner diese lebenswerte Zukunft erkämpfen.



Dem dient der bundesweite, überparteiliche, selbstorganisierte 14. Frauenpolitischen Ratschlag vom 6. - 8.11.2026. Courage und andere Mitorganisatorinnen stellen ihn auf die Beine. Er findet als Hybrid-Veranstaltung statt und wird live aus Gelsenkirchen übertragen. **In Frankfurt wollen wir uns am 7.11. gemeinsam online beteiligen und mitdiskutieren. Wir laden zum Mitmachen ein.** Die Themen umfassen den alltäglichen Wahnsinn, Gewalt und Femizide, frauenfeindliche Politik, Umweltkatastrophe und Kriegsgefahr, die faschistische Gefahr. **Wir beraten, wie wir die Stärke der Frauen in die Waagschale werfen für unsere Befreiung und eine lebenswerte Zukunft und wie wir uns dafür organisieren!**

Mehr Infos: www.frauenpolitischerratschlag.de und www.fvcourage.de



V.i.S.d.P: Frauenverband Courage e.V., Holsteiner Str. 28, 42107 Wuppertal, 0202/4969749, courage-geschaefsstelle@t-online.de

Courage-Gruppe Frankfurt: bernadette.leidinger@web.de, Tel: 015752619647